

Journal

■ Hartmannbund für HOZ

Der Hartmannbund lehnt den vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) vorgelegten Entwurf einer Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) ab, der auf eine „BEMAtisierung“ der GOZ hinausläuft. Die Hauptversammlung des Hartmannbundes in Potsdam im Oktober 2007 forderte das Bundesministerium für Gesundheit auf, die unter Federführung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) entwickelte Honorarordnung für Zahnärzte (HOZ) zur Grundlage der GOZ-Novellierung zu machen. In seiner Begründung führt der Hartmannbund an, dass die Zielsetzungen des BMG strikt abgelehnt werden, also die Angleichung von BEMA und GOZ sowie die Ausdehnung der Mehrkostenvereinbarung auf die GOZ. Dadurch würden alle gesetzgeberischen Bemühungen um Transparenz im Gesundheitswesen und Stärkung der Patientensouveränität konterkariert. ik/Hartmannbund

■ Ehrendoktor für Horst-Wolfgang Haase

Für seine internationalen Verdienste zur Förderung des globalen Wissenstransfers in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde wurde dem Verleger der Quintessenz Verlagsgruppe, Horst-Wolfgang Haase, im Oktober 2007 die Ehrendoktorwürde (Dr. med. dent. h.c.) der Universität Tübingen verliehen. In seiner Laudatio würdigte der Ärztliche Direktor Prof. Dr. med. dent. Heiner Weber vom Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Tübingen unter anderem das außergewöhnliche Engagement Haases, Zahnärzte auf nationaler und internationaler Ebene auf Symposien und Kongressen zusammenzuführen und so den klinischen und wissenschaftlichen Dialog zu fördern. Im Quintessenz Verlag erschienen 2006 bzw. 2007 die beiden Bände des „Weißbuchs der ZahnMedizin“, das die Bayerische Landeszahnärztekammer in Kooperation mit den Zahnärztekammern Hessen und Nordrhein herausgegeben hat. ik

■ PKV-Vollversicherungen rückläufig

Die Neuzugänge in der Vollversicherung der PKV sanken erneut. So die neuen PKV-Geschäftszahlen für das Jahr 2006/2007, die der PKV-Verband Mitte November bekannt gab. Am 31. Dezember 2006 hatten 8,489 Millionen Personen eine private Krankheitsvollversicherung, am 30. Juni 2007 waren dies 8,527 Millionen Personen. Der Nettoneuzu-

gang sank damit im ersten Halbjahr 2007 mit nur 37 700 Personen gegenüber dem Vorjahreshalbjahr deutlich (im Vergleich: erstes Halbjahr 2006: 46 900 Personen). Der Rückgang um fast ein Viertel ist – so der PKV-Verband – auf den ab 2. Februar 2007 geltenden Stichtag für den letztmöglichen Wechsel in die PKV nach alten Konditionen zurückzuführen. Für freiwillig gesetzlich versicherte Angestellte ist ein Wechsel in die PKV seit diesem Datum erst dann möglich, wenn ihr Einkommen drei Kalenderjahre über der Versicherungspflichtgrenze gelegen hat. Ende 2006 gab es 18,4 Millionen Zusatzversicherungen. Im 1. Halbjahr 2007 erhöhte sich die Anzahl um 644 100 auf 19,045 Millionen. Zahnzusatzversicherungen sind besonders stark angestiegen: und zwar im Jahr 2006 um 20,3 Prozent auf 9,376 Millionen Versicherungen. ik/PKV-Verband

■ Vorsicht: Falsche Abmahntätigkeit

In Marktl am Inn wird ein Abmahndienst tätig, der Zahnärzte mit der pauschalen Behauptung von Abrechnungsunregelmäßigkeiten anschreibt und zu Unrecht Kosten für seine „Abmahntätigkeit“ in Rechnung stellt. Es wird dringend geraten, entsprechende Schreiben genau zu prüfen. Typischerweise wird hier kein Zahlungsanspruch bestehen. Soweit der BLZK bekannt ist, wird betroffenen Zahnärzten mitgeteilt, dass ein Patient eine Liquidation vorgelegt habe, die in Teilen strafrechtlich relevant sei. Der Patient beabsichtige Strafantrag zu stellen. Der Strafantrag könne abgewendet werden, wenn schriftlich binnen Frist eine vorformuliert beigelegte „Unterlassungs- und Ehrenerklärung“ beziehungsweise Verpflichtungserklärung abgegeben werde und zugleich die Kosten für die Abmahntätigkeit in Höhe von mehreren Hundert Euro ersetzt würden. Bei fruchtlosem Fristablauf würde Strafantrag gestellt. In einem beigefügten „Merkblatt“ wird unter anderem mitgeteilt, dass diese Abmahnung für jede Art von öffentlichen Prüfern unerreichbar aufzubewahren sei. Diese wären nämlich verpflichtet, bestimmte Erkenntnisse über die Zahnarztpraxis an die entsprechenden Behörden weiterzuleiten. Das habe schon mehrmals zu erheblichen Schwierigkeiten für die geprüften Praxen geführt. Strafanzeige ist gestellt. Bayerische Zahnärzte, die ein solches Schreiben erhielten, wenden sich bitte an die Bayerische Landeszahnärztekammer, Geschäftsbereich Recht, Fallstraße 34, 81369 München, Telefon: 089 72480-116, Fax: 089 72480-117, E-Mail: recht@blzk.de. BLZK/GB Recht

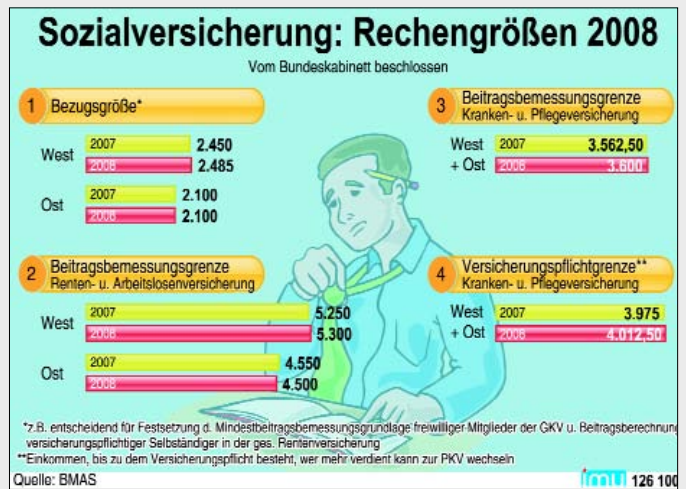
■ Krankenkassen: Fusionswelle ungebrochen

Die Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen sinkt und sinkt. Nachdem es zu Jahresbeginn noch 242 waren, blieben Ende Oktober nur noch 236 übrig. Das geht aus der amtlichen Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung hervor. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Noch im Jahr 1992 gab es in Deutschland 1223 gesetzliche Krankenkassen. Ab dem 1. Januar sind sogar kassenartübergreifende Fusionen möglich. Ein erster solcher Zusammenschluss wurde bereits vereinbart: Mit der BKK Mobil Oil und der KEH Ersatzkasse schließen sich zu Beginn des kommenden Jahres erstmals eine Betriebs- und eine Ersatzkasse zusammen. Auslöser der Fusionswelle war die Einführung des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen im Jahr 1995. Nach Angaben des „Dienst für Gesellschaftspolitik“ zählt die IKK Direkt zu den großen Gewinnern dieses Wettbewerbs. Allein in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gewann sie fast 208 000 Mitglieder netto hinzu und hatte am Stichtag (1. Oktober) 441 000 Mitglieder. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) haben dagegen seit 1995 gut vier Millionen oder fast 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren. ho

■ Wer muss zahlen und wovon?

Alle Rechengrößen zur Kranken- und Pflegeversicherung werden für 2008 angehoben. Die Rechengrößen in der Sozialversicherung regeln unter anderem die Versicherungspflichtgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze. Die Versicherungspflichtgrenze ist die Einkommensgrenze, ab der ein Angestellter in die private Krankenversicherung wechseln kann. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigt die Versicherungspflichtgrenze von 47.700 Euro im Jahr 2007 auf 48.150 Euro im Jahr 2008, das entspricht 4.012,50 Euro pro Monat. Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz endet die Versicherungspflicht jedoch erst, wenn die Versicherungspflichtgrenze in drei aufeinander folgenden Jahren überschritten wird.

Die Beitragsbemessungsgrenze markiert den Wert, bis zu dem das Monatseinkommen der Beschäftigten zur Bemessung der Versicherungsbeiträge herangezogen wird. Wer also mehr verdient, zahlt für das darüber liegende Gehalt



keinen Krankenkassenbeitrag mehr. Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigt zum Jahreswechsel von 42.750 auf 43.200 Euro. Wer über 3.600 Euro monatlich verdient, zahlt also im Jahr 2008 bei einem Beitragssatz von knapp 14 Prozent rund 500 Euro an die Krankenkasse. Davon wiederum übernimmt der Arbeitgeber die Hälfte. js/imu/BMAS

■ Widerstand gegen Sammelwut

Der Bundestag hat am 9. November der Reform der verdeckten Telefonüberwachung und der Speicherung von Verbindungsdaten zugestimmt. Demnach müssen Telekommunikationsanbieter die Daten von Telefon- und Internetverbindungen ein halbes Jahr lang speichern. Grundlage für das Bundesgesetz ist eine EU-Richtlinie, auf die sich die Innenminister der Europäischen Union nach den Terroranschlägen von New York und Madrid geeinigt hatten. Nach Angaben von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) setze Deutschland die EU-Richtlinie nur auf „minimale Weise“ um. Datenschützer und Vertreter zahlreicher Berufsgruppen hingegen sehen in dem Gesetz eine ungerechtfertigte Ausweitung des Kampfes gegen den Terror. „Die Vorratsdatenspeicherung ist ein Frontalangriff auf das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten“, erklärte Dr. Janusz Rat, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns. Rat bemängelte, dass Abgeordnete, Seelsorger und Strafverteidiger besser gestellt würden als Mediziner. Die Telefonate jener drei Berufsgruppen sind weiterhin absolut geschützt vor geheimen Ermittlungen. ho